

Haushaltsrede Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick gehalten in der Gemeinderatssitzung 23. Oktober 2019

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Glaser,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse,
herzlich willkommen die Auszubildenden der Stadt Bruchsal,

Die Haushaltsrede des vergangenen Jahres habe ich mit dem Satz begonnen: Wir befinden uns mitten in einer großen Zeitenwende. An dieser Aussage kann ich heute nahtlos anknüpfen. In allen Bereichen unseres Lebens – in der Gesellschaft, der Wirtschaft, dem Sozialen und sogar im Privaten - sind die Umbrüche spürbar.

Sie sind tiefgreifend und stellen eine große Herausforderung dar. Wir als einzelne sind ebenso gefordert wie ich als Oberbürgermeisterin und Sie als Gemeinderat. Denn wir stellen mit der Verabschiedung des Haushaltes 2020 im Dezember die Weichen für die Weiterentwicklung von Bruchsal.

Für etwa ein Drittel von Ihnen sind die Einbringung des Haushaltes, die sich daran anschließenden Haushaltsberatungen und die Verabschiedung des Haushaltes Neuland. Zumindest in der Rolle des aktiv Beteiligten und des Mitentscheiders. Das bietet Ihnen die Möglichkeit, neue Ideen und Ansichten in die Haushaltsberatungen einfließen zu lassen. Es stellt aber auch ein hohes Maß an Verantwortung dar. Zumal der erste Haushalt einer neuen Amtsperiode nicht nur über das entscheidet, was im kommenden Jahr passieren soll. Er ist auch richtungsweisend für die kommenden fünf Jahre. Mit dem Haushalt 2020 legen wir die mittel- und langfristigen Ziele für Bruchsal fest, setzen Prioritäten und stellen einen Investitionsrahmen auf, der über das einzelne Jahr hinausreicht. Das müssen wir mit Bedacht und Weitblick tun, damit sich Bruchsal weiter als modernes, prosperierendes Mittelzentrum mit hohem Innovationspotential entwickeln kann.

Die Überzeugung, dass sich die globalen Herausforderungen unserer Zeit nur gemeinsam lösen lassen, findet ihren Ausdruck in der 2015 auf einem Gipfel der Vereinten Nationen verabschiedeten Agenda 2030. Kernstück der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung, die Sustainable Development Goals - kurz SDG's. Mit den SDG's ist erstmals eine Systematik geschaffen worden, die die Aspekte Soziales, Umwelt und Wirtschaft miteinander verknüpft.

Was hat das mit Bruchsal zu tun?

Vor allem den Städten kommt eine wichtige Schlüsselrolle für nachhaltige Entwicklung zu. Gerade wir als Kommunen haben Spielräume, etwa durch flächensparende und kompakte Stadtstrukturen, emissionsarme Verkehrssysteme und energieeffiziente Gebäude. Damit eine nachhaltige Entwicklung aber gelingen kann, müssen wir global denken und lokal handeln. Deshalb habe ich den Bruchsaler Haushalt im Vorfeld unseres Planansatzes mit den 17 SDG's durchleuchtet. Unter folgenden Fragestellungen: Wo stehen wir in Bruchsal mit Blick auf die 17 SDG's? Welche Ziele wollen wir mittel- und langfristig umsetzen? Und wie können wir das, was zu tun ist, mit den uns zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln, aber auch mit unseren personellen Ressourcen realisieren?

Die Klammer unseres diesjährigen Haushaltsansatzes sind die 17 SDG's. Traditionell beginne ich mit den Ausführungen zur derzeitigen Wirtschaftssituation und dem Finanzbericht.

WIRTSCHAFTSPROGNOSEN 2020/ FINANZBERICHT 2020

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Schwächephase. Ein stärkerer Abschwung oder gar eine ausgeprägte Rezession sind gegenwärtig aber nicht zu erwarten. Allerdings zeichnet sich auch noch keine konjunkturelle Trendwende zum Besseren ab.

Von einem kraftvollen Binnenkonsum und einer historisch niedrigen Arbeitslosenquote hat gerade gestern ein Volkswirtschaftler gesprochen.

Unsicherheitsfaktoren, die sich massiv auf die exportorientierte deutsche Wirtschaft auswirken, sind ein rückläufiger Welthandel und eine stagnierende, globale Industriekonjunktur. Die Verunsicherung durch die schwelenden Handelskonflikte und den Brexit-Prozess dauert an. Auch wenn sich die globale Wirtschaft allmählich auf die neuen Verhältnisse einstellt. Angesichts der Ballung globaler Risiken gehen die internationalen Organisationen deshalb von einer weniger dynamischen, aber gleichwohl aufwärtsgerichteten Entwicklung für die Weltwirtschaft aus.

Während die Baukonjunktur weiterhin auf hohen Touren läuft, setzt sich die Schwächephase in der Industrie sowie im Bereich Energie fort. Das Niveau der industriellen Auftragseingänge liegt im Minus. Dagegen steigt die Produktion im Baugewerbe leicht.

Wichtige Stütze der binnenwirtschaftlichen Entwicklung bleiben die privaten Konsumausgaben. Das Geschäftsklima im Einzelhandel ist weiter positiv und deutlich besser als der langjährige Durchschnitt.

Positive Signale kommen auch vom Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigen weiter, allerdings nicht mehr so stark wie noch zu Beginn des Jahres. Die Arbeitslosenquote ist im September mit 4,9 Prozent unter die Fünf-Prozentmarke gesunken.

Unsicherheit herrscht bei den Automobilbauern über die Antriebstechniken der Zukunft. Verbrennungsmotor oder Elektro oder Wasserstoff oder Hybrid oder synthetische Kraftstoffe – noch ist nicht klar, welchen prozentualen Anteil die jeweilige Technologie für die Mobilität der Zukunft haben wird.

Angesichts dieser Unsicherheit ist die Krise der umsatzstärksten deutschen Industriebranche, der Automobilindustrie, spürbar. Städte wie Würth und Rastatt vermelden schon jetzt massive Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen.

Davon ist Bruchsal bisher verschont geblieben. Und wir gehen davon aus, dass sich die Steuereinnahmen auch weiterhin stabil entwickeln und die weltweiten Krisen unterschiedlicher Art nicht zu sehr durchschlagen.

Mit Blick auf die Gewerbesteuerentwicklung bewährt sich unsere Strategie, einen gesunden Branchenmix für die ortsansässige Wirtschaft zu fördern. Bruchsal ist wirtschaftlich breit aufgestellt und das soll auch in Zukunft so bleiben.

Eine gewisse Unabhängigkeit von einzelnen Branchen bildet ein gutes Netz, um wirtschaftliche Flauten einzelner Industriezweige einigermaßen unbeschadet überstehen zu können.

Allerdings erwartet das Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg für die Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg 2019 im Vergleich zur Herbst-**Steuerschätzung** 2018 netto rund 105 Millionen Euro weniger an Steuereinnahmen. Nach diesen Prognosen soll das Steuerwachstum der Kommunen im Zeitraum 2019 bis 2023 entsprechend geringer ausfallen. In der November-Steuerschätzung 2019 werden die Auswirkungen der bis dahin beschlossenen Steuerrechts- und Steuerverteilungsänderungen explizit mit aufgenommen.

Zudem hat das Land Baden-Württemberg – entgegen der Aussage vom Mai – die Kommunale Investitionspauschale um 10 Prozent gekürzt, was bedeutet, dass wir hierdurch Mindereinnahmen von 400.000 Euro pro Jahr haben. Als Begründung wurde das Schulsanierungsprogramm aufgeführt, das vom Land zwar angepriesen, aber von den Kommunen zwangsweise mitfinanziert wird. Dies ist nur ein Beispiel von vielen offenen Punkten, die derzeit in der Gemeinsamen Finanzkommission beraten werden. Bereits zum zweiten Mal in der laufenden Legislaturperiode wurde der Staatshaushaltsplan ohne eine Einigung in der Gemeinsamen Finanzkommission – also zwischen dem Land und den Vertretern aus den Städten, Gemeinden und Landkreisen - eingebracht.

Ein faires Miteinander sieht für mich anders aus. Die Landesregierung muss zurück an den Verhandlungstisch und gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden, die vor Ort die Hauptarbeit leisten, die Finanzmittel aufteilen. Ich hoffe, dass unsere Landtagsabgeordneten für uns Kommunen Flagge zeigen.

Der Bundestag hat in seiner Sitzung am 18. Oktober die Weichen für eine **Reform der Grundsteuer** gestellt. Wie sich die Landesregierung entscheidet, ist noch unklar. Derzeit gibt es für uns Kommunen keine Planungssicherheit, wie sich die Reform ab 2025 auf die Erhebung der Grundsteuer auswirken wird. Positiv hervorheben möchte ich jedoch die Wiedereinführung der Grundsteuer C, die es uns ermöglicht, Baulücken stärker zu besteuern. Damit ist uns ein Instrument in die Hand geben, dass die Bevorratung von Grundstücken und damit die Verhinderung des Ziels der „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ unattraktiver wird. Dies ist ein starkes und richtiges Zeichen, damit die Wohnungsknappheit vor Ort behoben werden kann.

Die Finanzplanung für das Jahr 2020 stellt sich auf der **Aufwandsseite** wie folgt dar:
Der Personalaufwand steigt um 4,9 Prozent auf 32,3 Millionen Euro. Im Vorjahr lag er bei 30,8 Millionen Euro. Der Aufwand für Sach- und Dienstleistungen beläuft sich auf 23,7 Millionen Euro gegenüber 22,4 Millionen Euro in 2019.

Die Transferaufwendungen steigen von 64,6 Millionen Euro auf 65,9 Millionen Euro.
Für die Kreisumlage gehen wir - nach dem sehr guten Jahresabschluss 2018 des Landkreises - von einem unveränderten Hebesatz von 30 Prozent aus.

In Summe planen wir mit einem leicht verschlechterten, aber positiven Jahresergebnis von 200.000 Euro.

Finanzhaushalt

Der Ergebnishaushalt erwirtschaftet einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 3,7 Millionen Euro.

Für Einzahlungen aus Investitionszuwendungen wurden 4,8 Millionen Euro veranschlagt.

Die Einzahlungen aus Erschließungsbeiträgen belaufen sich auf 1,5 Millionen Euro.

Für Einzahlungen aus Veräußerungserlösen wurden 3,9 Millionen Euro veranschlagt.

Deutlich gestiegen gegenüber dem Vorjahr sind die Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten (Baumaßnahmen, Vermögenserwerb und Investitionsförderungsmaßnahmen), die in Höhe von 32,6 Millionen Euro veranschlagt sind. 2019 lagen sie bei 20 Millionen Euro.

Innerhalb der Sachinvestitionen bilden die Bauinvestitionen mit 22 Millionen Euro den größten Block, gefolgt vom Erwerb von Grundstücken (fünf Millionen Euro), beweglichem Sachvermögen (3,8 Millionen Euro) und Investitionsförderungsmaßnahmen (1,7 Millionen Euro).

Unter Berücksichtigung der Einzahlungen ist zur Finanzierung des Investitionsvolumens eine Kreditaufnahme in Höhe von 12,7 Millionen Euro vorgesehen. Der Schuldenstand im Kämmereihaushalt beläuft sich unter Berücksichtigung der Prognosewerte zum Jahresende 2020 auf voraussichtlich rund 33,3 Millionen Euro.

Blickt man auf die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes, ist der Ressourcenverbrauch knapp erwirtschaftet und die Tilgungen können aus dem Liquiditätsüberschuss des Ergebnishaushaltes bedient werden.

Im Rahmen der Haushaltsaufstellung habe ich mich gefragt: In welche Richtung wollen wir als Stadt zukünftig gehen? Ein Weg ist, die im Haushalt eingestellten Investitionen zu minimieren, um die Ausgaben zu senken. Ganz konkret könnten geplante Investitionen gestrichen beziehungsweise investitionsstarke Großprojekte auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Doch ist dies das richtige Signal für die Zukunft? Ich bin der Auffassung: Bruchsal prosperiert und wird moderner und innovativer und diesen lebenswerten Trend gilt es weiter auszubauen.

Die EZB hat den Leitzins für den Euroraum nicht verändert. Er liegt nach wie vor bei null Prozent.

Das Rekordtief bei den Zinsen hält also an. Dies bietet uns Spielräume, die man nutzen kann. Selbstverständlich dürfen wir Folgekosten nicht außer Acht lassen und die Schulden müssen wir auch tilgen.

Sinnvolle Investitionen sind somit trotz allem ein starkes Signal für die weitere Entwicklung von Bruchsal.

Nur mit einer stetigen Optimierung unserer Infrastruktur können wir uns langfristig als starkes Mittelzentrum positionieren – gegenüber der Wirtschaft, dem Handel und den Dienstleistern - vor allem aber für unsere Bürgerinnen und Bürger. Dabei dürfen wir natürlich nie die Sicherstellung und Konsolidierung des laufenden Betriebs aus dem Blick verlieren. Das ist unsere primäre Aufgabe.

Um dem gerecht zu werden, müssen wir auch die Einnahmesituation der Stadt für die kommenden Jahre verbessern.

Der von mir heute vorgelegte Haushaltsentwurf sieht deshalb eine Erhöhung der Grundsteuer und eine Erhöhung der Gewerbesteuer vor.

Lassen Sie mich begründen, weshalb ich Ihnen heute einen solchen Vorschlag unterbreite:

Die letzte Erhöhung der Grundsteuer erfolgte mit dem Haushalt für das Jahr 2012. Seit dieser Zeit hat sich viel verändert.

Seit 2012 hatten wir einen Anstieg unserer Kosten um rund zehn Prozent. Dies ergibt sich aus der allgemeinen Inflationsrate. Unsere Kosten sind aber nicht nur durch die Inflation gestiegen. Wir haben auch das Leistungsangebot der Stadt für unsere Bürgerinnen und Bürger deutlich erweitert. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Kinderbetreuung: Hatten wir 2012 noch etwa 80 Kinderbetreuungsgruppen im Bereich von U3 und Ü3, sind es in der Bedarfsplanung für 2020 bereits 110 Gruppen. Dies bedeutet einen Ausbau unseres Betreuungsangebotes von über 35 Prozent.

Diese Steigerungen haben wir zum Teil durch die Elternbeiträge und die Zuschüsse des Landes finanziert. Ein großer Teil davon wird jedoch aus den allgemeinen Steuereinnahmen quersubventioniert. 2012 haben wir rund vier Millionen Euro aus allgemeinen Steuermitteln für die Kinderbetreuung ausgegeben, heute sind wir bereits bei neun Millionen Euro.

Wir schlagen eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer von 395 Punkten auf 430 Punkte vor. Das bringt für den städtischen Haushalt eine jährliche Verbesserung von rund 700.000 Euro.

Ganz praktisch heißt das für den/die einzelne(n) Bürger/-in: Die Grundsteuer für eine durchschnittliche Wohnung steigt von 217 Euro pro Jahr um rund 16 Euro auf 233 Euro jährlich. Pro Monat sind das 1,33 Euro mehr. Die Grundsteuer für ein Einfamilienhaus steigt von durchschnittlich 395 Euro pro Jahr auf 425 Euro. Das ist ein monatliches Plus von 2,50 Euro.

Als zweite Säule zur Verbesserung der städtischen Einnahmenseite schlage ich Ihnen eine Gewerbesteuererhöhung von 370 Punkten auf einen Hebesatz von 380 Punkten vor. Im Haushaltsplan 2016 wurde die Gewerbesteuer nur von 360 Punkten auf 370 Punkte angehoben. Schon damals hat die Verwaltung vorgeschlagen, den Hebesatz auf 380 Punkte anzuheben. Zumal bis zu diesem Hebesatz Personengesellschaften die Gewerbesteuer grundsätzlich auf die Einkommensteuer anrechnen können.

Vor drei Jahren hat der Gemeinderat bereits von einer stufenweisen Erhöhung gesprochen. Die jetzige Erhöhung um weitere 10 Hebesatzpunkte entspricht somit diesem ursprünglichen Vorschlag. Unsere Einnahmenseite wird dadurch um durchschnittlich 1,1 Million Euro im Jahr verbessert.

Zumal dieser nicht konjunkturbedingte Zuwachs nicht den Ausgleichsmechanismen des kommunalen Finanzausgleichs unterliegt, so dass wir dauerhaft dies zu 100 Prozent behalten können.

Mit beiden Steuererhöhungen haben wir mit 1,8 Millionen Euro noch nicht einmal die gestiegenen Nettokinderbetreuungskosten (5 Millionen Euro) zu 50 Prozent finanziert. Dieser Argumentation könnte man die konjunkturellen Zuwächse der letzten Jahre entgegenhalten.

Wenn wir diese nur zum Ausgleich der Aufwandssteigerung verwenden würden, dann hätten wir kein Geld für die Sicherheitsausgaben und für die Stadtentwicklung und somit für die Verbesserung der Lebensqualität der Stadt. Meines Erachtens sind wir dies aber auch den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt schuldig.

Im Folgenden werde ich Ihnen aufzeigen, welchen konkreten Investitions- und Ausgabenbedarf ich für das Jahr 2020 sehe.

Hauptteil

Die großen Herausforderungen der kommenden Jahre sind Klima- und Umweltschutz, Mobilität, Wohnen, Digitalisierung, damit einher gehen lebenslanges Lernen und sozialer Zusammenhalt.

Auch wenn viele dieser Aufgaben nur im weltweiten Zusammenspiel lösbar sind, sind wir Kommunen die, die handeln können und jetzt handeln müssen.

Das ist meine tiefste Überzeugung!

Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung bieten die in der Agenda 2030 aufgeführten 17 Global Goals. Sie sind ein ganzheitlicher Ansatz, der alle Bereiche unseres Lebens in einen unmittelbaren Zusammenhang stellt. Mein diesjähriges Haushaltsbild sind deshalb die 17 SDG's.

Beginnen werde ich aber mit dem SDG13 „Umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen“.

Nicht erst mit der Friday for Future Bewegung ist der Klimawandel mit seinen dramatischen Folgen verstärkt in den Fokus der Politik gerückt. Unsere Kinder und Enkel halten uns mit ihren Protesten den Spiegel vor, jetzt sofort zu handeln und dem Klimaschutz oberste Priorität zu geben. Der Klimawandel stellt nicht nur ein erhebliches Risiko für unseren gesamtgesellschaftlichen Wohlstand dar, er bedroht auch die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen.

Klimaschutzmaßnahmen führen nicht unmittelbar zu einer Verbesserung. Ebenso wenig hat unterlassener Klimaschutz sofortige Folgen. Diese kommen zeitverzögert. Klimaschutz ist ein langfristiges Projekt, das langfristige Infrastrukturmaßnahmen erfordert. Nur wer das begriffen hat, für den ist der Klimawandel eine der dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit.

Wichtige Akteure für eine wirkungsvolle Energiewende- und Klimaschutzpolitik sind die Kommunen.

Dieser Verantwortung sind wir uns als Stadt Bruchsal bewusst.

Wir haben verschiedene strategische Steuerungsmechanismen, um dieser Verantwortung gerecht zu werden. Wir haben hoheitliche Verwaltungsaufgaben, wir sind Eigentümer von Gebäuden und wir sind ein Konzern mit verschiedenen Töchtern. (z. B. das Kerngeschäft der Stadtwerke mit der Energieversorgung). Ich sage das, um deutlich zu machen: Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe.

In vielen Bereichen sind wir in Bruchsal schon weit. Trotzdem gibt es beim Klima- und Umweltschutz noch viel Luft nach oben. Wenn wir später über den Haushalt beraten, müssen wir grundsätzlich diskutieren, welche Ziele wir beim Klimaschutz mittel- und langfristig verfolgen und welches Budget wir bereit sind, dafür einzusetzen.

Im Pariser Klimaabkommen 2015 ist das Leitziel klar formuliert: Die globale Erderwärmung muss auf weniger als zwei Grad begrenzt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sind deutlich mehr Anstrengungen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes notwendig.

Getreu dem Grundsatz „global denken, lokal handeln, um global zu verändern“ haben wir dieses Leitziel auf Bruchsal heruntergebrochen. Wir haben eine Agenda aufgestellt, von der wir glauben, dass wir sie in Bruchsal umsetzen können. Das Strategiepapier „**Bruchsaler Klimaschutzziele 2050**“ bildet dazu den Rahmen.

Darin ist festgeschrieben, dass die gesamtstädtischen Treibhausgasemissionen bis 2030 um 42 Prozent und bis 2050 auf 90 Prozent minimiert werden sollen.

Der erste große Schritt für die Umsetzung der Energiewende vor Ort war die 2014 begonnene Zertifizierung für den „**European-Energy-Award**“ (**eeA**), den wir 2016 erhalten haben. Das war ein wichtiger Schritt!

Der eeA ist das Instrument für die städtische Klimaschutzpolitik, mit dem die Umsetzung und die Fortschritte beschlossener Maßnahmen regelmäßig überprüft und Defizite in den einzelnen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden. Er hat sich in den vergangenen Jahren als sehr wirkungsvoll erwiesen. Deshalb planen wir die eeA-Rezertifizierung für 2020. Dafür sind 25.000 Euro im städtischen Haushalt eingestellt.

Um eine **Treibhausgasminderung** bis 2030 um 42 Prozent zu erreichen, können wir als Kommunen an zwei Stellschrauben ansetzen: Die Reduzierung des Energiebedarfes durch Effizienzmaßnahmen in allen Verbrauchergruppen und die 100-prozentige Abdeckung des verbleibenden Restbedarfs über erneuerbare Energien.

Basis für die Realisierung dieser Ziele ist zunächst das Erstellen der **Gebäude- und Energieleitlinie**. Mit ihr definieren wir als Stadt die zukünftigen energetischen Standards.

Der erste Schritt hierfür ist eine Ist-Analyse. Konkret geht es um die Frage: Wo finden sich in Bruchsal Potentiale, um Energie effizienter zu nutzen und dadurch Einsparungen zu erzielen?

Die **Energiewende** kann nur gelingen, wenn die Energieversorgung auf erneuerbare Energie umgestellt wird. Um im Sinne des SDG 7 „den Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle zu sichern“, müssen wir möglichst unabhängig von den Öl- und Gasexportstaaten werden. Hierzu haben wir mit dem Fernwärmeprojekt BahnStadt schon Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das **Fernwärmeprojekt Südstadt** hat laut Förderbescheid einen Gesamtförderrahmen von etwa 3,5 Millionen Euro. Davon fördert das Bundesministerium für Umwelt, Natur und nukleare Sicherheit (BMU) 80 Prozent (2,8 Millionen Euro). Der Rest verbleibt bei den Stadtwerken Bruchsal.

Für 2020 planen wir die Ausarbeitung eines Quartierskonzepts für den Aufbau einer gemeinsamen Energieversorgung zunächst von Schönborngymnasium und Käthe-Kollwitz-Schule. Zudem ist angedacht, in das **Wärmenetz „Am Belvedere“** auch die BTMV mit einzubeziehen. Mit den Stadtwerken und dem Landkreis haben wir auch diesmal wieder bewährte Partner mit im Boot. Die Kosten für die Konzepterstellung liegen bei knapp 172.000 Euro und werden zu 65 Prozent gefördert. Für die Stadt verbleiben Kosten in Höhe von 14.000 Euro.

Die BTMV stellt die Säle und Foyers auf LED um. Zudem sollen die alten Scheinwerfer auf der Bühne gegen LED-Fluter ausgetauscht werden. Das bietet großes energetisches Einsparpotential. Es zeigt, wie wichtig es ist, einerseits alternative Energieformen zu nutzen und andererseits die verbrauchten Mengen zu reduzieren. Somit sind die Energiewende und der reduzierte Ressourcenverbrauch zwei Kernaufgaben des gesamten Konzerns der Stadt Bruchsal.

Mit der Ausarbeitung der **Gebäudeleitlinien** wollen wir unter anderem energetische Standards für Neubauten und Sanierungsmaßnahmen setzen. Diese sollen zunächst in unseren eigenen

Liegenschaften umgesetzt werden, damit wir unserer Verantwortung als Eigentümer gerecht werden können. Ziel ist, unsere eigenen städtischen Liegenschaften und die unserer Töchter mittel- und langfristig so weit wie möglich auf erneuerbare Energie umzustellen. In einem zweiten Schritt sollen die energetischen Standards dann auch für zukünftig verkaufte Flächen gelten.

In erster Linie geht es heute darum, die Rahmenbedingungen für das städtische Handeln festzulegen, um die von uns gesteckten Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu erreichen. So werden wir als Stadt unserer Vorbildfunktion gerecht.

Als Stadt müssen wir aber auch die große Linie vorgeben und Ideengeber und Koordinator für weitere Klimaschutzaktivitäten vor Ort sein, indem wir Akteure zusammenbringen, Konzepte initiieren und Überzeugungsarbeit leisten. Dabei sind die Stadtwerke, die ortsansässigen Unternehmen und engagierte Bürgerinnen und Bürger wichtige Partner.

Mit dem **Energieleitplan Bruchsal 2030** schaffen wir uns ein kommunales Planungs- und Steuerungswerkzeug für mögliche Energie-Einsparungs-Projekte: Aufgrund einer räumlichen und energietechnischen Analyse verschaffen wir uns Überblick, welche Energie-Effizienzprojekte es auf Bruchsaler Gemarkung geben könnte. Im Energieleitplan werden Energieeffizienzprojekte sichtbar und damit fortschreitend überprüfbar.

Weniger Bienen und Hummeln, Wälder, die durch einen Anstieg der Temperaturen und dauerhafte Trockenheit ausgedünnt werden. Das sind sichtbare Zeichen dafür, dass unsere Ökosysteme im Ungleichgewicht sind. Der Verlust der biologischen Vielfalt nimmt mit rasantem Tempo zu. Von geschätzt acht Millionen Tier- und Pflanzenarten, die es weltweit gibt, sind rund eine Million vom Aussterben bedroht. Von den Insektenarten sind 45 Prozent im Bestand rückläufig. Seit fast 40 Jahren sind mehr als 40 Prozent der Feldvögel verschwunden.

Um dem entgegenzusteuern, haben wir als Stadt ein **Aktionsprogramm gegen Insektensterben und Artenverlust** entwickelt. In der heutigen Sitzung möchten wir dies verabschieden. Das Programm enthält Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Landökosystemen in unseren Außenbereichen und in Innenbereichen der Ortschaften, wie sie auch im SDG 15 aufgezählt sind.

Der wissenschaftlich belegte Rückgang an Tier- und Pflanzenarten kann nachhaltig nur durch die Vernetzung der noch vorhandenen und die Schaffung neuer Lebensräume sowie deren angepasste Pflege/Nutzung aufgehalten werden. Daher wird mit dem Aktionsprogramm ein Biotopverbundkonzept angestrebt, dessen Umsetzung mit der Landwirtschaft erfolgen soll.

Zur Finanzierung könnte ein städtisches Ökokonto eingerichtet werden, in dem Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen gezielt bevorratet und späteren Eingriffen in Natur und Landschaft konkret zugeordnet werden.

Schon seit vielen Jahren unterstützen wir Initiativen zum Erhalt der Saalbachniederung als einem wichtigen Naturrefugium und Vogelschutzgebiet auf der Bruchsaler Nebengemarkung. Die Betreuung erfolgt durch den interkommunalen Verein Wiesenauen Mittlerer Oberrhein e.V.. Die Stadt ist hierin vertreten und stellt den stellvertretenden Vereinsvorsitzenden.

Aktuell begleitet der Verein das Verfahren zur Ausweisung der Saalbachniederung als Naturschutzgebiet, das federführend vom Regierungspräsidium Karlsruhe betrieben wird. Diese

Ausweisung ist ein wichtiger Meilenstein zu einer langfristigen Sicherung dieses landesweit bedeutsamen Vogelschutz- und FFH-Gebiets.

Im Haushaltsplan 2020 und für die Folgejahre haben wir für die Umsetzung der angedachten Maßnahmen ein jährliches Budget von 50.000 Euro eingestellt. Außerdem ist aus unserer Sicht der Themenbereich Klimaschutz und Artenschutz durch eine eigene **Personalstelle** dauerhaft in der Verwaltung zu verankern. Mein Ziel ist es, die kommunalen Anstrengungen zum Klimaschutz strukturell und personell so zu verankern, dass dies als dauerhafte Querschnittsaufgabe für alle Lebensbereiche gilt.

Die Umweltstelle soll zu einem kleinen Umweltamt ausgebaut werden. Dies ist für mich ein politisches Signal! Hier müssen auch Konzepte erarbeitet werden, die im Moment vielleicht noch nicht realistisch erscheinen. Unser Landrat hat uns aktuell mitgeteilt, dass es sicherlich Förderprogramme geben wird und ich zitiere sinngemäß: „*Wer keine Konzepte in der Schublade hat, wird im Windhundprinzip auf der Strecke bleiben...*“

Mit der geplanten **Aufforstung des städtischen Waldes** - über die angespannte Lage haben wir Sie ja schon im Sommer informiert - gewährleisten wir eine nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder, Böden und Landflächen (SDG15).

Für die kommenden beiden Jahre sind dafür 100.000 Euro im Haushalt eingeplant.

Als Stadt haben wir auch eine Bildungsverantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger und für alle Generationen. Umweltschutz benötigt somit auch eine breit angelegte Umweltbildung. 30.000 Euro sind für den Bereich **Umweltbildung** eingestellt. Davon werden etwa 45 Prozent gefördert.

Für den Umweltschutz kann und muss aber auch jede Bürgerin und jeder Bürger etwas tun. (z. B., indem keine Schottergärten angelegt beziehungsweise die Vorgärten versiegelt werden, sondern in einer die Artenvielfalt fördernde Form gestaltet werden.)

Eines der nachhaltigsten Zukunftsthemen für uns als Kommune ist die Frage, wie es uns gelingt, den Individualverkehr in unserer Stadt und den Ortsteilen zu reduzieren und damit einen weitgehend klimaneutralen Stadtverkehr sicherzustellen. Die Umsetzung alternativer Mobilitätskonzepte wird langfristig zu einem wichtigen Standortfaktor für Städte, Gemeinden und Kommunen werden. Dort, wo die Personen- und Gütermobilität klimaneutral und für jedermann bezahlbar aufgestellt sind, wollen die Menschen auch in Zukunft leben und arbeiten.

Eine klimaneutrale Infrastruktur für den Verkehr zu schaffen, ist eine der Handlungsfelder, in denen wir Kommunen viel machen können. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen die Energiewende und sie wollen Lebensqualität. Deshalb müssen wir die Infrastruktur so ausbauen, dass wir verlässliche Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger bieten. Dazu braucht es ein Gesamtkonzept. Einige Städte haben dafür den Bereich Mobilität auch in das Umweltamt integriert. Dies werden wir auch im Jahr 2020 untersuchen.

Selbstverständlich ist es am besten, zu Fuß zu gehen oder Rad zu fahren! Deshalb legen wir auf die Verstärkung des Radverkehrs einen großen Wert.

Im Zuge des Fernwärmeprojektes Südstadt wird der **Geh- und Radweg Franz-Siegel-Straße** von Grund auf erneuert, um vorhandene Unfallgefahrenstellen zu beseitigen und damit die Attraktivität des Geh- und Radweges zu erhöhen. Dazu stehen für 2020 Mittel in Höhe von 200.000 Euro und für 2021 noch einmal 200.000 Euro zur Verfügung.

2020 soll der schon 2016 im Radverkehrskonzept als zentraler Punkt festgeschriebene Ausbau der **Nord-Süd Achse** erfolgen - entlang der B3 vom Krankenhaus bis zur nördlichen Friedrichstraße. Dies hat der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung beschlossen. Mit dieser Baumaßnahme schließen wir eine wichtige innerstädtische Lücke in unserem Radverkehrsnetz. Sofern das Regierungspräsidium als Straßenbaulastträger einer kurzfristigen Realisierung zustimmt, möchten wir noch in diesem Jahr mit dem ersten Bauabschnitt - nördliche Friedrichstraße, am Schloss vorbei bis zum Damianstor - beginnen. Der zweite Bauabschnitt – Damianstor bis Krankenhaus - ist für 2020 geplant. Das Gesamtinvestitionsvolumen für 2020 liegt bei 630.000 Euro. Davon übernimmt der Bund als Straßenbaulastträger anteilig alle Kosten für die fahrradbedingten Baumaßnahmen in Höhe von voraussichtlich 475.000 Euro.

Unsere Radverkehrsoffensive haben wir vor gut einem Monat mit dem Fahrradverleihsystem vom KVV „**Nextbike**“ mit 25 Fahrrädern, die an fünf Stationen positioniert sind, weiter ausgebaut.

Smart City bedeutet auch **smarte Mobilität**. In der sogenannten smarten Mobilität spielen solche Share-Systeme eine große Rolle. Apps vernetzen Bus, Bahn, Fahrrad und Auto optimal.

Beim Thema E-Mobilität sind wir durch das **E-Carsharing-System Zeozweifrei unterwegs** gut aufgestellt. Dessen Ausbau treiben wir als Wirtschaftsregion Bruchsal seit 2016 massiv voran und werden auch 2020 dran bleiben.

Mittlerweile sind in Bruchsal und Ortsteilen elf Zeozweifrei-Fahrzeuge im Einsatz. Hier sind wir mit 47 Stationen mit 94 Ladepunkten in der Region Bruchsal deutschlandweit vorne. Diesen Ausbau wollen wir weiter verstetigen.

Für den innerstädtischen Verkehr ist der **E-Roller Moritz**, von dem seit Frühjahr dieses Jahres 25 in Bruchsal genutzt werden können, eine ökologisch sinnvolle Variante, die auch dem Lifestylebedürfnis vieler Menschen entspricht. Der Umstieg vom Auto zur Entlastung der Innenstadt Bruchsal soll auch Spaß machen. Die Stadtwerke haben hier innovativ Flagge gezeigt. Diese Share Economy Systeme sind vor allem Anreize. Sie sollen Impulse geben, um die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, sich zu engagieren.

Vor 13 Jahren war die Idee meines Vorgängers und des damaligen Gemeinderats, den Stadtbus Max mit den Stadtwerken zu starten - die richtige Entscheidung. Wenn die Mobilitätswende gelingen soll, müssen mehr Bürgerinnen und Bürger – ich nehme mich nicht aus – den ÖPNV noch stärker nutzen. Wir haben im Aufsichtsrat der Stadtwerke überlegt, ob der Stadtbus an Samstagen regelmäßig kostenfrei genutzt werden könnte. Aus meiner Sicht eine kleine Maßnahme mit großer Wirkung: Die Attraktivität Bruchsals als Einkaufsstadt würde gesteigert, es würde mehr Bewusstsein für alternative Mobilitätsformen geschaffen und ein Anreiz zum Einstieg in den Bus geschaffen werden.

Wir beteiligen uns jährlich, so auch 2020, mit knapp 1,7 Millionen Euro am ÖPNV des Landkreises und stärken somit weiter die Mobilitätswende mit ÖPNV-Angeboten.

Für die Mobilitätswende ist der Schienenverkehr wichtig. Deshalb begrüßen wir es, dass das Schienennetz für den Nah- und Fernverkehr im kommenden Jahr saniert wird. Auch wenn das mit verkehrstechnischen Problemen auf Straße und Schiene verbunden ist.

Natürlich kann ich nicht verhehlen, dass der ÖPNV seit seiner Privatisierung ein Sorgenkind ist. Angesichts der massiven Kritik der Bürgerinnen und Bürger sind wir im Gespräch mit dem Verkehrsministerium und dem Betreiber. Wir hoffen, dass es durch diesen inzwischen engen Austausch gelingen wird, dass der ÖPNV wieder verlässliche und gute Verbindungsmöglichkeiten bietet.

Wir investieren auch in die notwendige Infrastruktur, um das Bahnfahren für Bruchsal attraktiv zu machen.

Mit der **Gleisquerung** schaffen wir einen direkten Zugang zu den Bahngleisen, egal aus welcher Richtung man kommt, auch für die Pendlerinnen und Pendler aus der Bahnstadt und der Weststadt.

Ende 2020 soll der westliche Bauabschnitt abgeschlossen sein. 3,5 Millionen Euro sind hierfür im Haushalt 2020 bei Projektkosten für die Gesamtmaßnahme von 18,5 Millionen vorgesehen.

Die Gleisquerung ist ein Meilenstein in der Geschichte Bruchsal. Durch ihre Realisierung werden die Innenstadt und die Weststadt auf kurzem, schnellem Weg miteinander verbunden. Die Gleisquerung ist eines der teuersten Projekte in den vergangenen Jahren. Umso erfreulicher ist es, dass Anfang Oktober mit dem planmäßigen Einschub des Unterführungsbauwerks ein wesentlicher Schritt zur Realisierung positiv vollzogen worden ist.

Neugestaltung Bahnhofsareal

Jetzt sind die Weichen für ein sich unmittelbar anschließendes Städtebauprojekt zu stellen – die Neugestaltung des Bahnhofsareals.

Heute geht es aber nicht darum, bis ins Detail konkretisierte Pläne vorzustellen. Vielmehr geht es um die grundsätzliche Frage: Wollen wir 2020 mit dem Ausbau des Areals vor dem Bahnhof zu einem Mobilitätsdrehkreuz für Bruchsal beginnen?

Denn die Frage muss ich mir stellen, da die Umgestaltung des Bahnhofsareals einen weiteren finanziellen Kraftakt bedeutet.

Neben Sporthallenbau, Gleisquerung, Generalsanierung von Schulen, Neubau von Kindergärten sowie Hochwassermaßnahmen stellt sich die politische Frage: Können wir dies jetzt leisten?

Für mich gibt es drei wesentliche Gründe, Ihnen das Projekt für die mittelfristige Finanzplanung vorzuschlagen.

1.

Mit der Bahn sind die Verhandlungen soweit gereift, dass eine historische Chance zur Realisierung besteht. Eine Verschiebung des Projektes wäre für das Verhältnis zur Bahn sicherlich keine vertrauensbildende Maßnahme.

2.

Der Zuschussgeber hat uns die Aufnahme ins Programm mit einer Million Euro zugesagt und nun müssen wir den entsprechenden Antrag stellen.

3.

Das Bahnhofsareal ist die wichtige Infrastrukturmaßnahme für eine klimaschonendere Mobilität in der Region Bruchsal – außerdem sind die Zinsen historisch niedrig.

Das Bahnhofsareal ist der Dreh- und Angelpunkt eines zukunftsfähigen Mobilitätskonzeptes, und das im wahrsten Sinne des Wortes.

Das Bahnhofsareal zum Mobilitätsknoten auszubauen ist unerlässlich, wenn wir den öffentlichen Nahverkehr so ausbauen wollen, dass mehr Menschen ihren Alltag damit bewältigen. Und dabei geht es primär nicht nur darum, die Attraktivität des Bahnhofs zu steigern. Es geht darum, dass jede(r) Pendler/-in beim Verlassen des Bahnhofs sofort Zugriff auf weiterführende Verkehrsmittel hat. Unser Ziel ist, dass am Mobilitätsknoten Bahnhofsvorplatz zukünftig die unterschiedlichen Verkehrsträger in einem umfassenden Mobilitätsverbund vernetzt sind.

Auch aus städtebaulichen Gründen ist die Neugestaltung wichtig.

Wenn man mit dem Zug anreist und das Bahnhofsgebäude verlässt, sollte man eine direkte Anbindung an die Innenstadt haben – auch optisch. Nicht umsonst ist Bruchsal die Stadt der kurzen Wege.

In der Klausurtagung haben wir schon über die Neugestaltung des Bahnhofsareals gesprochen und drei mögliche Lösungsmodelle diskutiert. Ich habe als Tendenz wahrgenommen, dass die Lösung mit der Verlegung des Busbahnhofs Richtung Saalbachcenter favorisiert wird. Dieses Projekt würde Gesamtkosten von knapp 6,5 Millionen Euro verursachen und mit einer Million Euro vom Land gefördert werden. Im kommenden Jahr ist eine Planungsrate in Höhe von 100.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Die eigentlichen Baumaßnahmen beginnen 2022.

Immer mehr Menschen ziehen in die Städte. Das zeigt sich auch in Bruchsal. Die Zahl der Einwohner/-innen steigt seit Jahren konstant an. Für uns als Kommune heißt das aber auch, dass der Bedarf an Wohnraum kontinuierlich steigt. Darauf haben wir mit unserem städtebaulichen Entwicklungsprogramm „Bruchsal 2025“ reagiert. Vieles haben wir in diesem Zusammenhang schon umgesetzt.

An wohl keiner anderen Stelle in der Stadt wird das spür- und sichtbarer als in der BahnStadt. Unser größtes Städtebauprojekt südlich des Saalbachs ist bereits weit fortgeschritten.

Die bisherige Vision eines durchmischten Quartiers mit Wohnen und Arbeiten, Kultur und Freizeit entwickelt sich zur gebauten Realität. Mit dem Studentenwohnheim entlang der Bahn und dem Appartementhaus am Kopf der alten Spargelhallen sind bereits heute circa 590 Wohnungen in der Realisierung. Das ist eine echte Leistung der Verwaltung und des Gemeinderats und eine städtebauliche Antwort auf die Wohnungsnot! An dieser Stelle dürfen wir uns gegenseitig Danke sagen!

Als letztes Baufeld wird jetzt noch das Baufeld fünf zwischen Willy-Brand-Straße und B35 erschlossen. Hier sollen auch 25 Prozent der vorgesehenen Wohnungen als sogenannte Sozialwohnungen entstehen.

Die Menschen, die in Bruchsal leben und die Menschen, die nach Bruchsal ziehen, bringen ganz unterschiedliche finanzielle Voraussetzungen mit. Deshalb benötigen wir Wohnraum in allen Preissegmenten. Zwar ist die Zahl der Wohnungen, die in einem bezahlbaren Preissegment liegen, deutlich angestiegen, doch müssen wir als Kommune hier noch weitere Anstrengungen unternehmen.

Wir müssen Rahmenbedingungen vorgeben, damit in Bruchsal mehr preiswerter Wohnraum entsteht. Wir als Kommune haben die Verantwortung, bezahlbaren Wohnraum für Alle zu ermöglichen. Leider regelt der private Wohnungsmarkt das nicht allein.

Der Städtetag empfiehlt eine Quotierung für sozialverträglichen Wohnraum. Mit dem Gemeinderat haben wir in der Klausurtagung schon darüber beraten, in welcher Höhe Quoten festgelegt werden könnten. Die sogenannten baulandpolitischen Grundsätze sehen für größere Wohnbauprojekte von Stadt oder Investoren vor, dass immer ein bestimmter Mix von Eigentumswohnungen und preiswerten Mietwohnungen realisiert wird. Auch reine Mietwohnprojekte sind selbstverständlich möglich.

Eine entsprechende Personalstelle für diesen Bereich halten wir auch weiterhin für sinnvoll.

Die Bruchsaler Wohnungsbau hat in der Wohnraumversorgung eine wichtige Bedeutung. 500 preisgünstige Wohnungen sind im Eigentum der Wohnbau GmbH. Mit der zweiten Phase der Modernisierung des Weidenbuschareals wird die Wohnbau GmbH ihrer Aufgabe, auch in Zukunft preisgünstigen Wohnraum zu schaffen, gerecht. Es entstehen weitere 60 Wohneinheiten. Ebenfalls entstehen 16 Wohneinheiten in der Ernst-Renz-Straße in Untergrombach.

Als Kommune stehen wir zudem in der Verantwortung, Wohnraum für Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu schaffen. Dieser Verantwortung müssen wir auch gerecht werden.

Auf unserer **BahnStadt-Agenda 2020** steht zudem die städtebauliche Entwicklung für den Bereich des alten Güterbahnhofes zwischen der Werner-von-Siemens-Straße und dem Saalbach. Dazu werden wir die im Masterplan BahnStadt Nord formulierten Ziele weiter konkretisieren.

In die straßenbauliche Erschließung des BahnStadt Areals wie die Güterbahnhofsstraße, die Panzerstraße und die Willy-Brandt-Straße sind mittelfristig im Haushalt Investitionen in Höhe von circa 2,5 Millionen Euro vorgesehen.

Eine der größten Investitionen in der BahnStadt ist 2020 der Neubau der Sporthalle Bruchsal. Er schreitet sichtbar voran. Im kommenden Jahr sind 3,3 Millionen Euro eingeplant. Mit diesem Neubau senden wir das starke Signal für den Schulsport, die Sportvereine und in die Landes- und Bundesverbände des Sports. Bruchsal ist eine „bewegte Stadt“. An dieser Stelle darf ich auch allen Sportvereinen für ihre wichtige Arbeit Danke sagen.

Die acht laufenden städtebaulichen Sanierungsprojekte in der Kernstadt und den Ortteilen werden wir weiter fortführen. Für den Zeitraum von 2020 bis 2023 sind hier insgesamt Haushaltsmittel von über drei Millionen Euro eingestellt.

Die größten Maßnahmen in 2020 sind die Sanierung der Innenstadt Nordwest mit 325.000 Euro, die Sanierung der Güterbahnhofstraße/Panzerstraße mit 350.000 Euro und die Herstellung von zusätzlichen Parkmöglichkeiten im Ortskern von Heidelberg mit 165.000 Euro. Von diesem Betrag ist die Hälfte über Fördergelder abgedeckt. Diese Sanierungsmaßnahme dient auch der städtebaulichen Aufwertung von Heidelberg.

Gesundheit und Wohlergehen, wie sie als Schlagwort im SDG 3 festgeschrieben sind, gehören ebenfalls zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Deshalb richten wir den Fokus unseres städtischen Handelns auch auf das Umfeld, in dem die Bruchsaler/-innen wohnen.

Derzeit wird ein Lärmaktionsplan mit Maßnahmenkatalog für die von Straßenlärm besonders betroffenen Stadtareale ausgearbeitet. Er wurde 2016 der Öffentlichkeit vorgestellt und muss nun zügig nach und nach umgesetzt werden. 2020 werden wir in die Überarbeitung der Lärm-schutzziele, auch unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, weitermachen.

Weiterer Bestandteil eines umfassenden Lärmaktionskonzeptes ist aus meiner Sicht aber auch die Reduzierung der Geschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer. Dies dient auch dem Klima- und Sicherheitsschutz. Mit Blick auf unsere Nachbargemeinden werden wir sukzessive „nachziehen“.

Der Frage, wie eine Neugestaltung der B35 langfristig umwelt- und lärmschonend und den Verkehrsbedürfnissen gerecht werden kann, stellen wir uns gemeinsam mit dem Regierungspräsidium im neuen Jahr.

Zu einer der Kernaufgaben der Kommune im Sinne des SDG 11 einer nachhaltigen Stadt- und Gemeindeentwicklung gehört der Hochwasserschutz. Ihm kommt leider aufgrund der negativen Auswirkungen des Klimawandels eine weit größere Bedeutung zu als bisher. Somit haben auch wir bereits hohe Ausgaben im Haushalt, die durch den Klimawandel, hier als Extremwetterereignisse, von uns zu finanzieren sind.

Für 2020 bis 2023 haben wir insgesamt 8,7 Millionen Euro für den Auf- und Ausbau des Hochwasserschutzes in unsere Haushaltsplanungen eingestellt.

2020 werden wir mit verschiedenen Baumaßnahmen für den Hochwasserschutz Saalbach in Heildelshausen beginnen (550.000 Euro für 2020 / Gesamtkosten circa 5 Millionen). Die Planungsleistungen für das Hochwasserrückhaltebecken in Helmsheim sollen ebenfalls 2020 weiter vorangetrieben werden (650.000 Euro für 2020 / Gesamtkosten 10 Millionen Euro). Zur Fortführung des Schattengrabens werden weitere Baumaßnahmen unter anderem im Bereich Eisweiher im kommenden Jahr vorgenommen (900.000 Euro für 2020 / Gesamtkosten ca. 4,8 Millionen Euro).

Außerdem werden an verschiedenen Stellen Regenradarsensoren für das Frühwarnsystem Starkregen installiert. Hierfür sind Mittel in Höhe von 150.000 Euro im Haushalt eingestellt.

Insgesamt sind die Ausgaben für den Hochwasserschutz in den nächsten zehn Jahren eine hohe finanzielle Kraftanstrengung. Über 20 Millionen Euro Investitionen können wir nur finanzieren, wenn wir auch die entsprechenden Landesmittel in Höhe von bis zu 70 Prozent erhalten.

Eine zentrale Aufgabe der Kommune ist es, den hohen Standard unseres Kanalnetzes zu erhalten und bei Bedarf zu verbessern. Damit leisten wir einen Beitrag zur Sanitärversorgung wie sie in SDG 6 „sauberes Wasser“ aufgeführt ist.

Jährlich investieren wir viel in die von unserem Eigenbetrieb ausgeführten Renovierungen, Sanierungen und Aufdimensionierungen unseres bestehenden Kanalnetzes. Über fünf Millionen Euro haben wir in 2020 und den folgenden Jahren für Baumaßnahmen an unserem Kanalsystem im Haushalt eingestellt. Kanalrenovierungen sind im kommenden Jahr unter anderem in der Kernstadt – hier sind 750.000 Euro eingestellt - in Obergrombach und in Untergrombach - jeweils mit 500.000 Euro, geplant.

Die Baumaßnahme „Erneuerung der Brücke in der Moltkestraße“ ist schon in diesem Jahr im Gemeinderat beschlossen worden. Sie ist ein wichtiger Baustein für eine „belastbare Infrastruktur“ im Sinne des SDG9.

Im kommenden Jahr wird die Baumaßnahme richtig beginnen. Dafür sind 1,5 Millionen Euro im Haushalt eingestellt.

Verschoben werden muss der Beginn der Neubaumaßnahme Altenbergbrücke in Heidelberg. Während der Sanierung der Zugschnellstrecke Stuttgart-Mannheim wird der Schienenverkehr auch über die Gemarkung Bruchsal umgeleitet. Da brauchen wir die Altenbergbrücke als Ausweichstrecke für den Individualverkehr.

Im Zuge der Erneuerung der Brücke in der Moltkestraße soll durch den Neubau einer Dükerleitung das Kanalnetz nördlich und südlich des Saalbachs verbunden werden.

Die Kosten hierfür sind 2020 500.000 Euro. Kanalaufdimensionierungen sind beim Kanal in der Zickstraße (ca. 500.000 Euro) und im östlichen Teil der Bachstraße in Heidelberg geplant. Diese Baumaßnahmen mit einem Volumen von 1,2 Millionen Euro werden 2020 beginnen.

Nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet aber auch, den Bürgerinnen und Bürgern größtmögliche Sicherheit in allen Lebensbereichen zu vermitteln.

Wenn wir Maßnahmen für die Feuerwehr finanzieren, dann geht es aber nicht nur um Daseinsvorsorge. Es geht auch darum, für die Feuerwehrleute, die täglich und rund um die Uhr bereit sind und sich für unseren Schutz einsetzen – und das meist ehrenamtlich - gute Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Konkret haben wir folgende Maßnahmen für 2020 auf der Agenda:

Der Anbau der Fahrzeughalle im Feuerwehrhaus Untergrombach wird 2020 hergestellt. Hierfür haben wir Mittel in Höhe von 120.000 Euro im Haushalt eingestellt. Im Feuerwehrhaus Heidelberg wird die bestehende Werkstatt zur Umkleide umgebaut, damit sich die Feuerwehrleute nicht mehr zwischen den Einsatzfahrzeugen umziehen müssen. Dafür haben wir 70.000 Euro eingeplant.

Ein wegweisendes Projekt in der Sicherheitsarchitektur der Stadt Bruchsal wird 2020 der Bezug der neuen Feuerwache durch die Abteilung Bruchsal und die Hauptamtlichen der Bruchsaler Feuerwehr sein. Sie alle werden das Wachsen der neuen Feuerwache aufmerksam verfolgt haben. Dankenswerterweise wird sie von der SEW finanziert. Die Finanzierung der technischen Ausstattung und der Inneneinrichtung liegt bei der Stadt. Von den insgesamt knapp zwei Millionen Euro, die die Stadt hierfür aufwendet, sind im Haushaltsplan 2020 rund 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Außerdem sind in der im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Feuerwache ausgearbeiteten Feuerwehrkonzeption weitere hauptamtliche Stellen vorgesehen. Diese haben wir in unserem Stellenplan für 2020 eingestellt.

Mit dem Umzug der Feuerwehr in ihr neues Domizil kommt die allmähliche Ausarbeitung einer verantwortungsvollen Nachnutzung des Areals Alte Feuerwehr/ehemalige Synagoge in eine weitere konkrete Phase.

Nach dem bisherigen Verlauf des Verfahrens und nach dem Blick auf die eingereichten Arbeiten des Ideenwettbewerbs bin ich zuversichtlich, dass wir der historischen Verantwortung Rechnung tragen können.

Das Areal erfordert ein Nachnutzungskonzept, in der Vergangenheit und Zukunft in gleicher Weise einen angemessenen Raum finden. Meine Gespräche während der Jurysitzungen mit den Fachleuten sowie dem Vertreter der israelitischen Religionsgemeinschaft haben mir gezeigt, wie wichtig es den Beteiligten ist, eine für alle Seiten tragfähige Neugestaltung des Areals auf den Weg zu bringen.

Es liegen interessante Ideen vor und die Bevölkerung soll genügend Möglichkeiten haben, uns hierüber ihre Meinung mitzuteilen.

Die letztendliche Entscheidung über die Nachfolgenutzung des frei werdenden Grundstückes in der Friedrichstraße treffen wir im Gemeinderat. Den Zeitpunkt möchte ich nicht festlegen, da für mich Gründlichkeit vor Schnelligkeit in dieser wichtigen Entscheidung steht.

2020 läuft der Mietvertrag für die Gebäude des Betriebshofes mit den Stadtwerken aus. Aus wirtschaftlichen Gründen gibt es durchaus Argumente, die für einen Kauf des Areals sprechen. Derzeit prüfen wir, ob dieser Kauf für die Stadt sinnvoll ist. Auch wenn dieser Prozess noch nicht abgeschlossen ist, haben wir Mittel im Haushalt eingeplant.

Mit den 17 Nachhaltigkeitszielen ist zum ersten Mal eine Struktur geschaffen worden, die die wichtigsten Bereiche unseres Lebens miteinander verknüpft. Einen weit höheren Stellenwert als in bisherigen Systematiken dieser Art hat das Soziale. Neben keine Armut (SDG1), kein Hunger (SDG2) werden Aspekte wie Geschlechtergerechtigkeit (SDG5), menschenwürdige Arbeit (SDG8), weniger Ungleichheit (SDG10) als unverzichtbare Faktoren für eine nachhaltige Entwicklung genannt. Dieser umfassende Ansatz ist das eigentlich Neue der Agenda 2030.

Hier in Bruchsal ist der Sozialbereich seit Beginn meiner Amtszeit eines der wichtigsten städtischen Handlungsfelder. Ihn haben wir in den vergangenen Jahren durch viele Investitionen und Neustrukturen ausgebaut. Diesen Weg werden wir auch in den kommenden Jahren mit derselben Konsequenz weiterverfolgen. Ich habe daher auch wieder den Antrag auf Verleihung des Qualitätsprädikats „Familienbewusste Kommune plus“ heute gestellt.

In diesem Zusammenhang sehe ich eine unserer wichtigsten Aufgaben als Kommune darin - ganz im Sinne des SDG4 „hochwertige Bildung für alle“ - ordentliche Rahmenbedingungen für gute, inklusive **Bildung** zu schaffen. Das gelingt uns mit den geplanten Infrastrukturmaßnahmen. Sie sind eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Die **Generalsanierung der Konrad-Adenauer-Schule**, die in diesem Jahr begonnen worden ist und bis 2022 laufen wird, umfasst Gesamtkosten von 4,7 Millionen Euro. Dafür sind im Haushalt 2020 2,8 Millionen Euro eingestellt.

Für das Jahr 2021 sind weitere 950.000 Euro vorgesehen. Die Generalsanierung wird ebenfalls mit 1,7 Millionen aus dem „Kommunalen Sanierungsfond Schulgebäude“ gefördert.

Ich hoffe, dass sich dieses Programm weiter verstetigen wird, sodass wir auch für zukünftige Schulsanierungsprojekte Fördermittel erhalten.

Denn ebenfalls Sanierungsbedarf besteht bei der Albert-Schweitzer-Realschule. In den nächsten Jahren werden auch für die Albert-Schweitzer-Realschule Sanierungsmittel bereitzustellen sein. Auch der JKG Anbau ist noch auf unserer Liste der abzuarbeitenden Schulgebäude.

Darüber hinaus sind rund 1,5 Millionen Euro für weitere **Sanierungsmaßnahmen** und für die Ausstattung an **Schulen** im Haushalt eingestellt. Das sind unter anderem: Der Neubau für die Kernzeitbetreuung an der Johann-Hebel-Schule ist mit 700.000 Euro veranschlagt. Hinzu kommen 750.000 Euro für die Sanierung des Sanitärtrakts und der Aula. Sie werden mit 236.000 Euro ebenfalls über das Programm „Kommunaler Sanierungsfond Schulgebäude“ gefördert.

Neben der Sanierung von Schulgebäuden hat die technische Ausstattung für uns als Kommune hohe Priorität. Nur so kann unser Nachwuchs für die Zukunft gerüstet werden. Finanzielle Unterstützung gibt es hier vom Bund. Über den in diesem Jahr beschlossenen **Digitalisierungspakt** sind fünf Milliarden Euro bundesweit bereitgestellt. Baden-Württembergs Anteil an diesem Kuchen beträgt gut 650 Millionen Euro. Diesen Betrag stockt das Land noch einmal um 150 Millionen Euro auf. Für Bruchsal heißt das, wir erhalten rund 2,5 Millionen Euro, um eine zukunftstaugliche, digitale Bildungsinfrastruktur auf- und auszubauen.

Davon sind schon 300.000 Euro vom Land eingegangen. Dank dieser Förderung stehen uns also finanzielle Mittel zur Verfügung. Investieren müssen wir als Stadt aber auch in die perso-

nelle Ausstattung. Um die bereitstehenden Bundes- und Landesmittel zielgerichtet und nachhaltig einzusetzen, müssen wir für den Bereich Digitalisierung der Schulen eine zusätzliche Vollzeitstelle schaffen.

In einer der vergangenen Gemeinderatssitzungen haben wir Ihnen unsere Kinderbedarfsplanung präsentiert. Darin ist der Ausbau der **Kinderbetreuung** fortgeschrieben.

Einer der größten Posten bei der Kinderbetreuung sind unsere Investitionen in den laufenden Betrieb.

In den vergangenen sieben Jahren sind sie von rund vier Millionen Euro (2012) auf über neun Millionen Euro gestiegen. Für die Betreuung U3 und Ü3 wenden wir 2020 rund 9,3 Millionen Euro auf, wobei der Landeszuschuss hier schon abgezogen ist. Hinzu kommen Investitionszuschüsse für die Kindergartengebäude von 1,5 Millionen Euro.

Der Kindergarten St. Martin in Heidelberg wird für 950.000 Euro erweitert, der Nassbereich und das Außengelände im Kindergarten St. Wendelinus für circa 170.000 Euro erweitert und das Dach im Kindergarten St. Michael für 364.000 Euro saniert. Großprojekte, mit deren Umsetzung wir jetzt beginnen, sind der Neubau Guter Hirte in Heidelberg mit einem Volumen von 6,2 Millionen Euro. Hiermit wird ein langgehegter Wunsch der Heidelheimer Bürgerinnen und Bürger erfüllt und die Kinderbetreuung in Heidelberg langfristig gesichert. Außerdem erhält Untergrombach einen weiteren, dreigruppigen Kindergarten. Für den Neubau sind Mittel in Höhe von drei Millionen Euro im Haushalt eingestellt.

Im Gemeinderat werden wir uns mit Blick auf 2020 zudem mit dem Ausbau des Kindergartens in Büchenau befassen. Hier braucht es sicherlich zeitnah eine Lösung.

Gute Bildung braucht einen ordentlichen Rahmen. Das gilt auch inhaltlich. Für mich hat ein **breitgefächertes Betreuungsangebot** schon immer oberste Priorität.

Wir als Kommune müssen sicherstellen, dass alle Kinder denselben Zugang zur Bildung haben – unabhängig von ihrer Herkunft.

Wenn es um Bildungsgerechtigkeit geht, ist Bruchsal vielen anderen Kommunen weit voraus, weil wir seit Jahren konsequent das Betreuungsangebot ausbauen. Die vier städtischen Ganztagesgrundschulen bieten zwischenzeitlich rund 460 Kindern einen Lern- und Lebensraum. Seit Einrichtung der ersten Ganztagesgrundschule in Untergrombach ist die Zahl der Ganztagesgeschüler um das Fünzfache gestiegen. Unser kommunales Betreuungskonzept ist damit eng verzahnt und bietet modular eine durchgehende Betreuung für Ganztagesgeschüler von 6.30 Uhr bis 17 Uhr. Die kommunale Betreuung für Halbtageskinder erfreut sich ebenfalls großer Akzeptanz mit aktuell rund 450 Kindern in der sogenannten Kernzeitbetreuung. Ergänzt wird das kommunale Angebot durch eine städtische Ferienbetreuung für alle Bruchsaler Grundschüler.

Damit ist Bruchsal gut aufgestellt für den künftigen Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung, der von 2025 an kommen soll.

Dank den Änderungen des Bildungs- und Teilhabepakets auf Bundesebene stehen für anspruchsberechtigte Kinder zusätzliche Mittel zur Verfügung. So wird der Betrag für die Ausstattung des persönlichen Schulbedarfs erhöht und das warme Mittagessen und die Tickets für den Nahverkehr werden kostenfrei.

Der Kinder- und Jugendpass, den wir dieses Jahr eingeführt haben, ist bereits sehr gut angenommen worden. Es wurden zwischenzeitlich, Stand heute, schon 150 Pässe ausgegeben und das Angebot werden wir auch im nächsten Jahr ausbauen und dafür haben wir im nächsten Jahr 25.000 Euro eingestellt.

Für ältere Jugendliche, die im Übergang zum Beruf sind, ist das ESF-Programm **JUSTiQ** initiiert worden. Es wird jetzt schon in der zweiten Förderperiode von uns gemeinsam mit dem Landkreis umgesetzt. Für JUSTiQ stellen wir eine 80-Prozent- Personalstelle für die Koordinierungsstelle - Casemanagement, aufsuchende Jugendsozialarbeit, Mikroprojektbetreuung – zur Verfügung und etwa 10.000 Euro Sachmittel.

Wenn es uns damit gelingt, die Chancengleichheit zu fördern und dem SDG1 „Armut in jeder Form und überall beenden“ gerecht zu werden, dann finde ich, sollte uns das jeden Euro wert sein.

Zum Bereich der Bildung zählt für mich aber auch, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse einzubringen. Deshalb bin ich stolz, dass wir einen sehr aktiven Jugendgemeinderat haben, für den 2020 wieder Wahlen anstehen.

Handlungsbedarf im Sinne des SDG3 „Gesundheit und Wohlergehen für alle Menschen jeden Alters“, besteht auch in der Schaffung von Angeboten für ältere Menschen. Der Seniorenrat leistet hier viel mit seinem bunten Programm. Vielen Dank!

Eines der größten sozialen Projekte im Bereich **altersgerechtes Wohnen** wird 2020 in die Umsetzung gehen – das Seniorenheim St. Anton. Ich bin froh, dass wir mit der Caritas und der Kirchengemeinde St. Anton fachkundige Partner gefunden haben, die dieses Vorhaben voranbringen.

Dass in unserer alternden Gesellschaft der Bedarf für ein Seniorenheim mit Pflegeheim einschließlich einer Gruppe für Demenzerkrankte, Tagespflege und betreutes Wohnen groß ist, zeigen die Zahlen: Die Gruppe der um 80 Jahre alten Bruchsaler/-innen steigt stetig.

Für mich ist dieses Projekt eine wichtige Bereicherung für die gesamte Südstadt! Besonders der Begegnungscharakter soll von uns als Stadt in einem Café auch mit Leben gefüllt werden.

Dank der guten Arbeit unserer ambulanten Hospizvereine können wir die Menschen in Bruchsal bis zu ihrem Tod begleiten. Jetzt haben wir die Möglichkeit, ein weiteres soziales Angebot in Bruchsal zu realisieren - die Einrichtung eines stationären **Hospiz**.

Eine Stadt unserer Größenordnung braucht einen Ort, an dem unheilbar kranke Menschen in der letzten Phase ihres Lebens begleitet und versorgt werden. Hier sind wir auf einem guten Weg. Gemeinsam mit dem Hospizträger erarbeiten wir derzeit ein für Bruchsal passendes Konzept. Für 2021 sind bereits 60.000 Euro eingestellt und ich werde weitere 40.000 Euro nachmelden.

Gestern war eine Jubiläumsveranstaltung „20 Jahre Ambulantes Hospiz in Ettlingen“ und Bruchsal wurde dankenswerterweise bereits von Herrn Landrat als zukünftige Entwicklung genannt.

Smart City ist die Herausforderung für die Zukunft. Zur Smart City gehören viele Bereiche, die bereits angesprochen wurden:

Mobilität, Energieversorgung, aber es geht auch um die Digitalisierung im engeren Sinne.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es wohl keinen größeren Wandel in unserer Gesellschaft gegeben wie all das, was unter dem Begriff Digitalisierung zusammengefasst wird. Technische Entwicklungen, die revolutionär waren, hat es schon immer gegeben.

Der große Unterschied zu vergangenen Zeiten besteht darin, dass diese Veränderungen in einer immensen Geschwindigkeit erfolgen. Und sie reichen in alle Lebensbereiche und Altersgruppen hinein - auch in unsere städtische Verwaltung.

Formal ist die Digitalisierung für uns Kommunen über das **Online-Zugangsgesetz** geregelt. Darin werden Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, bis spätestens 2022 ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch, über Verwaltungsportale, anzubieten.

Die Umsetzung eines E-Governments, der Kommune 4.0., stellt eine der größten Herausforderungen für uns als Kommune dar. Es braucht eine Vielzahl von Bausteinen, um externe und interne Prozesse zur Information, Kommunikation und Transaktion zu digitalisieren.

Da dies gemeinsam leichter zu lösen ist, haben wir zusammen mit acht anderen mittelbadischen Kreisstädten im Frühjahr 2019 die **interkommunale Zusammenarbeit** in Sachen Digitalisierung gestartet. Deren Ziele sind die gemeinsame Umsetzung von (strategischen) Prozessen und Projekten in der kommunalen Digitalisierung und von (digitalen) Innovationen im Verwaltungsbereich. Dazu haben meine Kolleg/-innen und ich jetzt die Absichtserklärung re@di – regional.digital unterzeichnet.

Um schnellstmöglich Ergebnisse zu erzielen, arbeiten schon fünf Projektgruppen auf interkommunaler Ebene an folgenden Themen: Einführung der elektronischen Akte in den Stadtverwaltungen, Einführung einer Online-Plattform für das freiwillige Engagement und Vereine, Einführung des digitalen Rechnungslaufes, Umsetzung von digitalen Bürgerdiensten und die Umsetzung von Projekten im Bereich des „Internets der Dinge (IoT)“.

Digitalisierung ist ein mittel- bis langfristiger Prozess. In Bruchsal sind wir mittendrin. Die papierlose Ratsarbeit, der flächendeckende Breitbandausbau und das Dokumentenmanagementsystem Regisafe, mit dem wir schon seit Jahren arbeiten, sind Beispiele für das, was schon passiert ist.

Für die Umsetzung der digitalen Kommune ist aber vor allem eine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie notwendig.

Deren Erarbeitung werden wir 2020 auf den Weg bringen. Erster Schritt ist die Ist-Analyse, die Bestimmung des sogenannten Reifegrades. Hierfür haben wir Mittel in Höhe von 50.000 Euro im Haushalt eingestellt.

Darüber hinaus brauchen wir eine leistungsfähige technische Ausstattung und personelle Ressourcen, um die für die Digitalisierung wichtigen Prozess- und Organisationsoptimierungen ausführen zu können.

2020 werden wir unser zentrales Speichersystem austauschen. Eine Verlängerung des Wartungsvertrages für die bestehende Anlage wäre nicht wirtschaftlich. Zudem erfordern die stetig wachsenden Datenmengen ein schnelles, modernes System mit großen Kapazitäten. Für die neue Storage sind 790.000 Euro im Haushalt eingestellt. Das Konzept hierfür ist auf sechs Jahre ausgelegt. Es ermöglicht eine Sicherung und Wiederherstellung der gesamten Infrastruktur in Minuten.

Für die IT-Sicherheit – hier geht es darum, den Standard zu erhalten und bei Bedarf auszubauen – geben wir pro Jahr etwa 50.000 Euro aus – so auch 2020. Begleitet wird unsere IT-Abteilung dabei von einer externen Informationssicherheitsbeauftragten. Für das Clientmanagement, das heißt die Betreuung der steigenden Anzahl an Endgeräten, Nutzer/-innen und Applikationen, haben wir eine weitere Stelle im Stellenplan vorgesehen.

Derzeit sind wir dabei, eine Schulverwaltungscloud für Bruchsal aufzubauen, in die alle Schulen integriert sind.

Um diese Pläne schneller umsetzen zu können, werden wir 2020 nicht wie vorgesehen zwei, sondern vier Schulen migrieren. Das Projekt realisiert ein externer Dienstleister, der von einer Iteos Projektleitung unterstützt wird. Hierfür sind rund 56.000 Euro im kommenden Haushalt eingestellt. Die laufenden Kosten werden sich in den Folgejahren minimieren.

SDG9 thematisiert die Bedeutung der Wirtschaft für eine nachhaltige Entwicklung. Vor allem die Unterstützung von Innovationen wird in dem Zusammenhang als wichtiges Element benannt. Ich finde, an dieser Stelle sind wir in Bruchsal sehr gut aufgestellt.

Ein zukunftsweisendes Projekt ist das **HubWerk01**. Dank der neuen Zukunftsschmiede der Regionalen Wirtschaft ist Bruchsal auf der Innovationslandkarte des Landes Baden-Württemberg eine sichtbare Größe geworden.

Dort, wo einst die Firma Siemens ihr Hochregallager hatte, im heutigen TRIWO Technopark Bruchsal, stehen mit dem mit einer Million Euro vom Land geförderten Digitalisierungszentrum (im Fachjargon: Digital Hub) „HubWerk01“ die Zeichen Richtung Zukunft.

Seit Mai dieses Jahres werden dort Startups, vor allem aber kleine und mittlere Unternehmen auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet. Die Angebote des HubWerk01 bieten gerade Handwerks- und Kleinbetrieben einen niederschweligen Zugang zu neuen Arbeitsformen und Technologien.

Nach knapp einem halben Jahr kann sich die Bilanz des HubWerk01 sehen lassen.

65 Unternehmen sind Vereinsmitglieder, 56 Events wurden veranstaltet, 2.000 Besucher/-innen wurden gezählt und die Gründerbüros sind bereits ausgebucht. Zahlreiche Projekte wie der TruckTower, die Machbarkeitsstudie für ein Lkw-Parkhaus an der Autobahn wurden initiiert beziehungsweise werden betreut. An neun Schulen in Bruchsal und der Region wurden Fischer Technik AGs gegründet, sechs Startup-Projektstage an Schulen und zwei große Startup-Weekends im HubWerk01 haben stattgefunden.

Das HubWerk01 zeigt, unsere Innovationspolitik in Bruchsal und der Region, die durch die WFG vorangetrieben wird, greift. Mit dem Digital Hub wird branchenübergreifend eine große Anzahl von Unternehmen erreicht. Das Prestige ist groß, ohne das Kosten für die Stadt Bruchsal entstehen, da wir bislang nur indirekt, über die WFG-Beteiligung, an der Finanzierung beteiligt sind.

Weiteres hohes Innovationspotential bietet auch das über öffentliche Mittel geförderte Projekt **efeuCampus**. Die Fachwelt und zunehmend auch die Landes- und Bundespolitik schauen bereits heute interessiert auf unsere ehemalige Dragonerkaserne. Dort entsteht ein einmaliges Innovationszentrum. Erstmals in Europa wird ein gesamtes Quartier im Echtbetrieb mit autonomen Fahrzeugen ver- und entsorgt.

Nach gründlicher Vorbereitungszeit startet dieses Projekt jetzt.

Am vergangenen Freitag habe ich zusammen mit SEW-Geschäftsführer Johann Soder beim Zukunftserlebnistag das Vorhaben einem breiten Publikum vorgestellt. Transparenz und Bürgernähe ist mir gerade bei so einem technisch und organisatorisch so komplexen Projekt sehr wichtig. Umso mehr freut es mich, dass rund 100 Bürgerinnen und Bürger aus der ganzen

Region unserer Einladung gefolgt sind und sich über efeuCampus informiert haben. Der Zeitplan der Projektpartner des efeuCampus, allen voran SEW, Hochschule Karlsruhe und KIT, ist stramm.

Die ersten Fahrzeuge (Prototypen) sollen schon Mitte des kommenden Jahres im Live-Test auf dem Gelände fahren. Der Aufbau des gesamten efeuCampus soll dann Mitte 2021 abgeschlossen sein.

Nicht nur mit unserem großen Aushängeschild SEW haben wir ein führendes, nach wie vor expandierendes Weltmarktunternehmen hier vor Ort. Es sind viele Namen, die die Wirtschaftskraft von Bruchsal stärken. Es sind über Hundert gut und breit aufgestellte mittelständische Firmen, Handwerksbetriebe und Dienstleister sowie das ABC-Bataillon der Bundeswehr, Polizeipräsidium Einsatz und weitere größere öffentliche Arbeitgeber.

Mit Volocopter und Cynora haben sich zwei sehr erfolgreiche Startups mit hohem Innovationspotential in Bruchsal angesiedelt.

Gerade in den vergangenen Wochen hat Volocopter Bruchsal im positivsten Sinne in die Schlagzeilen gebracht, was einen hohen Mehrwert auch für die Bruchsaler Bürgerinnen und Bürger darstellt.

Einen großen Anteil an der Kontaktpflege mit den ortsansässigen Unternehmen (Stichwort Netzwerktreffen) und der Akquise neuer Betriebe hat unsere kommunale Wirtschaftsförderung. Über das Tagesgeschäft hinaus stehen 2020 die Entwicklung des Gewerbegebiets „Im Brühl“ und die Weiterentwicklung des TRIWO Technik Parks auf deren Agenda.

Auch wenn Kultur und gesellschaftliches Leben nicht explizit in den SDG's aufgeführt wird, so möchte ich doch noch ein paar Worte zu besonderen Ereignissen in 2020 sagen.

2020 sind es 75 Jahre, die wir in Deutschland in Frieden leben.

Deshalb finden im kommenden Jahr zahlreiche **Gedenktage** statt – anlässlich des Kriegsendes (8. Mai 1945), der Zerstörung Bruchsals (1. März 1945), der Zerstörung Büchenaus und der Entstehung des Lagers Gurs vor 80 Jahren.

In SDG 16 wird Frieden als unabdingbare Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Wohlstand formuliert.

Ich möchte noch etwas deutlicher sein: Frieden ist unser wertvollstes Gut. Und er ist keineswegs selbstverständlich.

Ein wichtiger Garant für unseren Frieden ist Europa, für das wir alle gemeinsam Verantwortung tragen.

Deshalb ist in diesem Zusammenhang auch erwähnenswert, dass wir 2020 das **55jährige** Bestehen unserer **Städtepartnerschaft** mit St. Ménéhould feiern.

Einen weiteren großen Geburtstag – **1250 Jahre** - feiern wir im kommenden Jahr in **Heidelsheim**.

Nachdem Helmsheim in diesem Jahr dieses Jubiläum mit einem bunten, lebendigen und gelungenen Programm begangen hat, wird die 1250 Jahre Jubiläumsfahne zum Jahreswechsel an Heidelberg weitergereicht. Dort laufen die Vorbereitungen schon auf Hochtouren. Und so viel kann ich Ihnen sagen: Wir können uns wieder auf ein Festwochenende mit großem Zelt und Festumzug und eine Ortschronik freuen.

Mit der Volkshochschule, der Stadtbibliothek, unserer MuKS, die einen fulminanten 50. Geburtstag feierte, der BLB und unseren vielen kulturellen Vereinen sind wir gut aufgestellt und dies soll auch so bleiben.

Neu aufstellen werden wir im kommenden Jahr das **Stadtmarketing**. Anlass ist das altersbedingte Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaberin.

Das sehen wir als einen guten Moment an, die Konzeption grundsätzlich zu überdenken und gegebenenfalls neue Strukturen innerhalb der Stadtverwaltung zu implementieren. Dem Branchenbundes dürfen wir auch für sein Engagement danken.

Als Reaktion auf die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich auch in einem sich ändernden, mehr projektbezogenen ehrenamtlichen Engagement widerspiegeln, planen wir einen neuen Ansatz der Förderung.

Nachdem die mit dem Thema beschäftigten Abteilungen innerhalb der Stadtverwaltung eine entsprechende Vorlage erarbeitet haben, werden wir als nächsten Schritt in die Gremien und in Gespräche mit Ehrenamtlichen gehen.

Ich habe deutlich gemacht, welche großen Herausforderungen wir als Kommune schon heute, vor allem aber in Zukunft, bewältigen müssen.

Die Anforderungen an uns und die Pflichten, die uns übertragen worden sind, haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Auf dem Weg zur digitalen Kommune werden die Aufgabenstellungen innerhalb der Verwaltung zudem immer vielschichtiger und anspruchsvoller. So sind zur Umsetzung einer gesamtstädtischen Digitalisierungsstrategie vor allem Prozess- und Optimierungsoptimierungen notwendig. Das können wir nur mit gut qualifiziertem und vor allem ausreichend Personal leisten.

Aufgrund eines sich ständig verändernden Anforderungsprofils werden auch 2020 Arbeitsfelder entfallen und neue Arbeitsfelder hinzukommen. Nach Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung verbleiben **19 Stellen**, die wir **neu** schaffen sollten, um das Mehr der an uns gestellten Aufgaben bewältigen zu können. 2020 geht es uns vor allem darum, die innere Verwaltung personell zu stärken. Dafür sind 5,5 Stellen im Bereich Personal, Lohn, Finanzen und EDV eingeplant.

Des Weiteren ist unter anderem eine personelle Aufstockung in folgenden Ämtern vorgesehen: Amt für Familie und Soziales/Schulkinderbetreuung 5,5 Stellen und Ordnungsamt, inklusiv Zensus, 1,5 Stellen.

Ein wichtiges personalwirtschaftliches Instrument sind sogenannte **Poolstellen**. Deren Zahl wollen wir 2020 von bisher vier auf zehn ausbauen. Poolstellen ermöglichen es uns, kurzfristig auf unerwartete Veränderungen und auf gute Bewerbungen reagieren zu können.

Insgesamt werden unsere **Personalkosten** 2020 um 2,4 Millionen auf 32,3 Millionen Euro steigen. Das sind 4,9 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Dieser Anstieg ergibt sich aber nicht nur durch die Schaffung neuer Stellen.

Etwa 600.000 Euro sind für die Besoldungs- und **Tariferhöhungen**, über 150.000 Euro für die gestiegenen Pensionslasten und 150.000 Euro für unsere Ausbildungsoffensive aufzuwenden.

Wer die Zukunft seines Unternehmens sicherstellen will, muss in seinen Nachwuchs investieren. Das Durchschnittsalter unserer Verwaltung liegt heute bei etwas mehr als 48 Jahren. In den kommenden zehn Jahren werden gut 38 Prozent unsere Beschäftigten aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Die dadurch entstehenden Lücken müssen wir füllen. Deshalb investieren

wir viel in die **Gewinnung von Nachwuchskräften und Auszubildenden**. Mit unserer Kampagne „Mehr als Du erwartest“ haben wir eine Marke gesetzt, die die Vielfalt der städtischen Berufsfelder und die Heterogenität der Ausbildungsberufe widerspiegelt. Sie reicht von verschiedenen Bachelorabschlüssen über die Verwaltungsberufe bis hin zum Handwerk (Gärtner und Elektriker).

Wie bei fast allen Organisationen ist auch bei uns der **Fachkräftemangel** spürbar. Dem versuchen wir entgegenzuwirken, in dem wir offensiv für die Attraktivität eines Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst werben.

Ich hoffe sehr, dass die Sinnhaftigkeit der Arbeit in einer öffentlichen Verwaltung, die unverzichtbar ist für das Funktionieren unseres Gemeinwohls, ein gutes Argument für Fachleute und Nachwuchskräfte ist, sich bei uns zu bewerben. Zum Glück steigt die Zahl der Bewerbungen auf die von uns ausgeschriebenen Stellen leicht an. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes und gute Gleitzeitregelungen werden oft als Grund für eine Bewerbung genannt.

Angesichts des rasanten technischen Wandels spielt die **Qualifizierung** unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine zentrale Rolle in der Personal- und Organisationsentwicklung. Die Arbeitsweise der jüngeren Generation hat sich gewandelt - hin zu mehr Team- und Projektarbeit. Der Austausch und die Vernetzung sind dabei immens wichtig. Angesichts des demografischen Wandels kommt dem Erhalt und der Sicherung von Wissen zudem besondere Bedeutung zu. Um dem allen gerecht zu werden, haben wir 2020 einen Fortbildungsetat von 250.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Damit werden externe und interne Schulungen ebenso finanziert wie ein Bausteinprogramm für die Qualifizierung unserer Nachwuchskräfte.

Nicht zu unterschätzen bei der Personalgewinnung sind heute auch die **weichen Faktoren** wie ein gutes Arbeitsumfeld und die Möglichkeiten des Mobilen Arbeitens. Hier sind wir als Arbeitgeber gefordert, entsprechende Angebote zu machen.

Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist, vor allem für junge Berufsum- und –einsteiger/-innen, die Work-Life-Balance. Hierzu zählt auch der Standort des Arbeitsplatzes. Heute ist ein attraktives Wohn- und Lebensumfeld mit guten Betreuungs-, Einkaufs-, Freizeit- und Kulturangeboten wichtig, um das Arbeits- und Privatleben gut miteinander in Einklang bringen zu können. Und damit schließt sich der Kreis zu den bisherigen Ausführungen meiner Haushaltsrede.

All diese genannten Aufgaben brauchen Menschen, die mit Sachverstand, Engagement und dem richtigen Verständnis eine Stadt weiterzuentwickeln, dafür arbeiten. Deshalb ist es mir ein wichtiges Anliegen, mich bei meinem Kollegen, Herrn Andreas Glaser, für die gute Zusammenarbeit, bei allen Amtsleiter/-innen, Geschäftsführer/-innen unserer Töchter, Stabsstellen und allen über 800 Mitarbeiter/-innen der Stadt Bruchsal und ihrer Tochtergesellschaften für ihr großes Engagement zu bedanken.

Sie alle sorgen dafür, dass unser Bürgerinnen und Bürger in sämtlichen Lebenslagen eine(n) Ansprechpartner/-in im Rathaus haben.

Sie sorgen für die Sicherheit, die Ordnung und die bauliche, planerische, kulturelle und soziale Infrastruktur in unserer Stadt. Bürgermitwirkung und Bürgerservice sind für uns ebenfalls selbstverständlich.

Dafür Danke!

Mit Blick auf die Haushaltseinbringung gilt mein besonderer Dank dem Team der Finanzverwaltung, die die Zahlen aufbereitet und dieses Werk mit über 600 Seiten in den vergangenen Wochen zusammengestellt hat.

SCHLUSS

Um die von mir skizzierten Ziele zu erreichen, bedarf es eigentlich noch eines 18. Ziels: Die nachhaltige Finanzierung von Maßnahmen. Ich habe deutlich gemacht, dass wir investieren müssen, um unsere Stadt für die Zukunft zu gestalten. Das müssen wir, soviel ist auch klar, wohlüberlegt tun. Dabei befinden wir uns ständig in dem Spagat zwischen Investitionen und Schuldenaufnahme. An vielen Stellen sind Investitionen notwendig, um den Status Quo zu halten. Eine Infrastruktur, die nicht in Takt ist, wäre ein schlechtes Erbe für unsere Enkel. An anderen Stellen sind Investitionen sinnvoll, um Bruchsal sattelfest für die zukünftigen Herausforderungen zu machen.

Hier sind wir gefordert, Prioritäten zu setzen. Das heißt, wir müssen abwägen, wo und in welchem Umfang wir investieren wollen.

Zugleich darf die Verschuldung nicht so anwachsen, dass die Handlungsspielräume der nachfolgenden Generationen total eingeschränkt sind.

Hochwasserschutz, Ausstattung neues Feuerwehrhaus, Sanierung der Schulen, Neubau von Kindergärten, Fertigstellung der neuen Sporthalle ... Ich gehe davon aus, dass Sie diese zukunftsweisenden Projekte für Bruchsal realisieren wollen und das vor allem auch in einem überschaubaren Zeitfenster.

Deshalb haben wir Ihnen die Erhöhung der Grund- und der Gewerbesteuer vorgeschlagen.

Es ist unpopulär, Steuern zu erhöhen. Doch dem stehen Investitionen in unsere Infrastruktur und in unser städtisches Angebot gegenüber, von denen alle profitieren und die alle nutzen können - die hiesigen Unternehmen ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger. Die Wirtschaft braucht eine gute Infrastruktur. Sie ist ein weicher Standortfaktor, damit Fachkräfte nach Bruchsal kommen und in Bruchsal bleiben. Eine intakte Infrastruktur ist zudem ein wichtiger Standortvorteil.

Sie trägt dazu bei, dass Bruchsal attraktiv ist für Unternehmen, die sich neu ansiedeln wollen, für Menschen, die hier arbeiten und leben wollen und für Gäste, die gern nach Bruchsal kommen, um hier einzukaufen und ihre Freizeit zu verbringen.

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, wie die Einnahmen- und Ausgabenseite für den Haushaltsplan 2020 am Ende aussieht, werden wir gemeinsam in den Haushaltsberatungen diskutieren und am Ende mit der Haushaltsverabschiedung festlegen. Mein Programm für die kommenden vier Jahre und teilweise darüber hinaus habe ich Ihnen mit dem Haushaltsentwurf vorgelegt. Jetzt ist es an uns, in gelebter demokratischer Tradition einen optimalen Haushaltsplan zu erstellen, um unseren Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives und auch nachhaltiges Bruchsal zu bieten.

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und Ihre Haushaltsreden im Dezember. Danke für
Ihr Engagement im Bruchsaler Gemeinderat.
Nun liegen die Haushaltsberatungen - als Ihr Königsrecht – bei Ihnen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!